

I. Was versteht man unter den Europäischen Gemeinschaften und welche Ziele streben sie an?

- Die Europäische Gemeinschaft
- Die Europäische Atomgemeinschaft (abgekürzt EAG, EURATOM)
- Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (abgekürzt EGKS, *Montanunion*, Vertrag 2002 ausgelaufen)

Seit dem Fusionsvertrag (unterzeichnet 1965, in Kraft getreten 1967) haben die drei Gemeinschaften gemeinsame Organe, darunter die Kommission und den Rat.

Die EGKS ist 2002 ausgelaufen und existiert nicht mehr. Ihre Regelungen wurden im Wesentlichen in den EG-Vertrag übernommen.

2. Wann wurden die drei Europäischen Gemeinschaften gegründet?

18. April 1951 EGKS, 2002 ausgelaufen
25. März 1957, EWG,
25. März 1957 Euratom

3. Welcher Länder gründeten die Europäischen Gemeinschaften und welcher Länder sind heute Mitglieder der EU?

Deutschland, Frankreich, Italien, Benelux,

England, Spanien, Polen, Griechenland, Tschechien, Ungarn, Portugal, Schweden, Ösi, Slowakei, Dänemark, Finnland, Litauen, Irland, Lettland, Slowenien, Estland, Zypern, Malta

4. Was versteht man unter dem Schumanplan und welche Bedeutung hat dieser für die europäische Integration?

Als **Schuman-Plan** wird der am 9. Mai 1950 vom damaligen französischen Außenministers Robert Schuman vorgelegte Plan zur Zusammenlegung der deutschen und französischen Kohle- und Stahlproduktion unter möglicher Einbeziehung anderer europäischer Länder bezeichnet. Deutschland, Italien, Benelux.

Das Ziel Schumanns war: Durch die Zusammenfassung der kriegswichtigen Kohle und Stahlproduktion und deren Unterstellung unter eine gemeinsame „Hohe Behörde“ sollte ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich unmöglich gemacht werden.

Die Einigung Europas sollte Schritt für Schritt erfolgen. Erst politisch, dann wirtschaftlich.

5. Wann wurde die EGKS gegründet, welche Ziele hatte sie?

Die **EGKS** wurde am 18. April 1951 gegründet und trat am 23. Juli 1952 in Kraft. Das Hauptziel des Vertrages war die Sicherung der Versorgung mit den für den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg entscheidenden Produktionsfaktoren Stahl und Energie.

6. Welche Motive führten zur Gründung der EGKS?

Durch die Zusammenfassung der kriegswichtigen Kohle und Stahlproduktion und deren Unterstellung unter eine gemeinsame „Hohe Behörde“ sollte ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich unmöglich werden. Der Frieden in Europa sollte gesichert werden.

Franzosen hatten Angst vor Deutschland. Mit der Einigung konnten sie die Kohle und Stahlproduktion Deutschlands mitkontrollieren

EGKS war die erste Organisation, in die Deutschland nach dem zweiten WK aufgenommen wurde.

7. Wann wurde die EWG gegründet, welche Ziele hatte sie?

Am 25. März 1957 unterzeichneten die sechs Mitgliedstaaten der EGKS- Frankreich, Italien, Bundesrepublik Deutschland, Benelux - in Rom die Gründungsverträge der **Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft** (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM beziehungsweise EAG) in den Römischen Verträgen. Die Europäische Organisation sollte wirtschaftlich untermauert werden

- Errichtung eines Gemeinsamen Marktes
- Annäherung der Wirtschaftspolitik der Staaten
- Größere Stabilität
- Hebung der Lebenshaltung

Es ging hauptsächlich um die Politische Annäherung.

8. Wann wurde Euroatom gegründet, und welche Aufgaben hat sie?

25. März 1957

Seine Aufgabe ist es durch die Schaffung der für die schnelle Bildung und Entwicklung von Kernindustrien erforderlichen Voraussetzungen zur Hebung der Lebenshaltung in den Mitgliedstaaten und zur Entwicklung der Beziehungen mit den anderen Ländern beizutragen" - so die Präambel.

9. Welche Motive führten zur Gründung von EWG und Euratom?

Siehe Folie

10. Wann wurde die EFTA gegründet, welche Aufgaben und Ziele hat sie und welche Beziehungen bestehen heute zwischen der EU und der EFTA?

EFTA ist eine Freihandelszone in Europa.

Gründung: 04. 01. 1960

Zielsetzung: Förderung von Wachstum und Wohlstand ihrer Mitgliedstaaten und die Vertiefung des Handels zwischen westeuropäischen Ländern wie auch der Welt insgesamt. Gleichzeitig sollte sie ein Gegengewicht zu den Europäischen Gemeinschaften und deren politische Ziele bilden.

Aktuelle Mitglieder: Island, Norwegen, Schweiz, Lichtenstein.

11. Was ist der Unterschied zwischen einer Freihandelszone und einer Zollunion?

Als **Zollunion** bezeichnet man einen Zusammenschluss von Staaten, die ein gemeinsames Zollgebiet bilden.

Neben der Abschaffung von Binnenzöllen und anderen Handelsbeschränkungen ist die Zollunion — anders als eine reine Freihandelszone - dadurch gekennzeichnet, dass die Mitgliedstaaten einen gemeinsamen Zolltarif gegenüber Drittländern anwenden. Dadurch müssen auch bei einem Verbringen von einem Mitgliedstaat in den anderen Waren nicht mehr verzollt werden.

Die Bildung von Zollunionen ist mit handelsschaffenden und handelsumlenkenden Effekten verbunden.

Handelsschaffung entsteht dadurch, dass durch den Wegfall von Zöllen sich ausländische Waren verbilligen, wodurch der Außenhandel angeregt wird. Zu **Handelsumlenkung** kommt es dadurch, dass Länder, die außerhalb der Zollunion blieben, diskriminiert werden.

Eine **Freihandelszone** ist ein Zusammenschluss von mehreren Ländern oder Teilen davon, zwischen denen Zölle und andere Handelsbeschränkungen abgeschafft werden.

Anders als bei einer Zollunion behalten die Mitgliedsstaaten jedoch verschiedene Zolltarife gegenüber Drittstaaten bei.

Waren aus Drittstaaten werden auch beim Verbringen von einem Mitgliedsstaat in den anderen verzollt; dadurch bleiben Grenzkontrollen notwendig.

12. Was versteht man unter einem Gemeinsamen Markt? Wo sehen Sie den Unterschied zu einem einheitlichen Binnenmarkt?

13. Was versteht man unter der Europäischen Union? Aus welchen Säulen besteht sie?

Die **Europäische Union** ist ein Zusammenschluss 25 europäischer Staaten mit einer Gesamtbevölkerung von 455 Millionen Menschen. Sie stellt - gemessen am BIP - den größten Wirtschaftsraum der Welt dar.

Erste Säule: Die Europäischen Gemeinschaften

Durch die EG-Verträge wurden mit den Europäischen Gemeinschaften supranationale Organisationen geschaffen. Entscheidungen im Rahmen der ersten Säule fallen innerhalb der Organe der EU, nach den in den Verträgen festgelegten Regeln. Die Gemeinschaften sind Träger eigener Rechte und Pflichten im Verhältnis zu ihren Mitgliedern und Drittstaaten. Bürger der Mitgliedsstaaten haben mit der Unionsbürgerschaft zahlreiche Rechte und Pflichten.

Zweite Säule: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Mit der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) soll die Außenpolitik der Mitgliedsstaaten koordiniert und gemeinsame Strategien beschlossen werden. Durch den Hohen Vertreter für die GASP soll die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik auch personell repräsentiert werden. Die Entscheidungen fallen intergovernmental durch Regierungszusammenarbeit, das heißt die EU handelt nur, wenn alle Staaten sich darauf einigen.

Ziele der Außenpolitik sind die Wahrung der gemeinsamen Interessen und Werte, Förderung der internationalen Zusammenarbeit, die Durchsetzung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie Friedenserhaltung. Mittel der Außenpolitik sind die gemeinsame Strategie, ein gemeinsamer Standpunkt und eine gemeinsame Aktion. Die Sicherheitspolitik (ESVP) stützt sich auf die Westeuropäische Union und zielt auf Abrüstung und eine Europäische Sicherheitsordnung. Zuständige Personen für die GASP sind bisher ein Kommissar, der Hohe Vertreter der GASP und der Ratspräsident.

Faktisch hat die GASP, insbesondere bei wichtigen Fragen, noch keine Bedeutung: Beim Irak-Krieg startete Spaniens Ministerpräsident Aznar unter Umgehung der GASP und der griechischen EU-Präsidentschaft eine Initiative zur Beteiligung an der sog. "Koalition der Willigen", der sich z.B. Italien und Polen anschlossen, während andere Mitgliedsstaaten wie z.B. Frankreich und Deutschland als erklärte Kriegsgegner jede Beteiligung ablehnten.

Dritte Säule: Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit

Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen definieren lediglich einen Rahmen für eine Zusammenarbeit zwischen den Staaten. Die dabei gefassten Beschlüsse haben jedoch keine unmittelbare Wirkung, sondern müssen erst durch Rechtsakte umgesetzt werden. Die Beschlüsse werden ebenfalls durch Regierungszusammenarbeit getroffen.

14. Welcher Unterschied besteht zwischen der EG und der EU?

15. Was ist der Europarat und welche Aufgaben nimmt er wahr?

Der **Europarat** ist eine am 5. Mai 1949 gegründete Organisation europäischer Staaten auf völkerrechtlicher Grundlage und damit die älteste zwischenstaatliche politische Organisation des europäischen Kontinents. Die Satzung sieht eine allgemeine Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten zur Förderung von wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt vor. Der Europarat ist institutionell nicht mit der Europäischen Union verbunden, auch wenn beide dieselbe Flagge verwenden.

Der Europarat ist ein Forum für Debatten über allgemeine europäische Fragen. In seinem Rahmen werden zwischenstaatliche, völkerrechtlich verbindliche Abkommen abgeschlossen mit dem Ziel, das gemeinsame Erbe zu bewahren und wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu fördern.

Seit 1993 hat sich der Europarat verstärkt die Wahrung der demokratischen Sicherheit als eine seiner Aufgaben gesetzt. Darunter fallen besonders

- der Einsatz für die Menschenrechte.
- die Sicherung demokratischer Grundsätze sowie
- rechtsstaatliche Grundprinzipien.

16. Was versteht man unter der Einheitlichen Europäischen Akte und welche Integrationsfortschritte brachte sie?

Auf dem Weg zur Europäischen Union (EU), stellte die **Einheitliche Europäische Akte** (EEA) einen wichtigen Schritt dar. Laut Legaldefinition (Art. 14 II EGV) umfasst der Binnenmarkt einen Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gewährleistet sind. Die EEA definierte erstmals den Begriff Binnenmarkt und löste damit den alten Begriff eines Gemeinsamen Marktes ab und enthielt auch die nötigen Bestimmungen (282 Rechtsakte) zur Verwirklichung und Regelung eines solchen Marktes.

Fortschritte:

- Wegfall der Personen- und Warenkontrollen an den EG-Binnengrenzen
- Gegenseitige Anerkennung zahlreicher Produktnormen und Lebensmittel Standards bzw. deren Harmonisierung
- Beseitigung der durch unterschiedliche Mehrwerts- und Verbrauchssteuer gebildeten steuerlichen Schranken
- EG-weite Öffnung der öffentlichen Beschaffungsmärkte (für staatliche Aufträge ab 10 Mio. DM)
- Weitreichende Marktöffnungen und -liberalisierungen (z.B.: Versicherungs- und Transportgewerbe)
- Beseitigung von Staatsmonopolen (z.B. Post)

17. Welche wichtigen Neuerungen brachte der Vertrag über die Europäischen Union (Maastricht-Vertrag)

Die Vollendung der Wirtschaftsordnung in der EU.

Einführung einer europäischen Geldordnung nach deutschem Muster
Errichtung einer unabhängigen EZB
Einführung einer europäischen Industriepolitik
Verstärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts

18. Welche Aufgaben hatte die Regierungskonferenz 1996 und welche Integrationsfortschritte brachte der Vertrag von Amsterdam?

Siehe Folie

18. Welche Gründe sprechen für die weitere Integration in der Europäischen Union?

Der IRAK Konflikt:

Berlin und Frankreich hatten andere Ansichten als England, Spanien und Polen. Europa muss mit einer Stimme sprechen. Das erwarten die Bürger Europas. Deswegen brauchen wir auch eine Verfassung. Damit jeder Europäer weiß wofür Europa steht. Nämlich für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Als einzelne Staaten ist Europa den politischen und ökonomischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht gewachsen.

Der Wunsch der Völker Europas ist, ihre Zukunft gemeinsam zu gestalten. Die EU ist eine Wertegemeinschaft, hat lt. dem Verfassung keine Geographischen Grenzen.

Das oberste Ziel der EU ist die Sicherung des Friedens. Das war von Anfang an das Ziel.

neue Staaten verfügen über Absatzmärkte und Bodenschätze
internationale Bedeutung ausbauen und mit USA und China konkurrieren
Kriege vermeiden
Wunsch nach Mobilität
Wirtschaftlicher Wohlstand
Politische und Wirtschaftliche Macht des vereinten Europa

Türkei:

Befürworter halten dagegen, dass die EU eine Wertegemeinschaft ist und nicht eine Gemeinschaft, die sich in erster Linie auf den christlichen Glauben bezieht. Demnach spielt für die Aufnahme der Türkei einzig und allein die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien eine Rolle. Somit kann der islamische Glaube kein Ablehnungskriterium gegen den Beitritt sein, falls die Werte, die in den Kopenhagener Kriterien festgeschrieben sind, in der Türkei rechtlich und gesellschaftlich umgesetzt werden.

Zudem hat die Türkei im Gegensatz zu vielen "islamischen" Staaten eine längere Tradition der Westorientierung. Sie fing schon im Osmanischem Reich an und setzte sich verstärkt durch die Reformen in der Zeit der Republikgründung durch Atatürk fort. Seit 2001 führt die Türkei weitere gesetzliche Reformen durch, um den europäischen Normen gerecht zu werden.

An die Türkei bestehen seit 40 Jahren politische Zusagen für die Aufnahme in die EU. Diese Zusagen wurden 1999 und 2002 erneuert. Daher darf die EU nicht einfach ihre eigenen Versprechen ignorieren.

Ein weiteres Argument der Befürworter ist, dass ein Beitritt zur EU die Demokratie und die Lage der Menschenrechte in der Türkei weiter stärken würde. Sie sehen darin ein wirksames Mittel, den islamischen Fundamentalismus weiter zurückzudrängen. Die erfolgreiche Integration der Türkei in die EU und die damit einhergehende Wohlstandssteigerung wäre für viele islamisch geprägte Länder eine Vorbildfunktion. Eine demokratische und stabile Türkei würde beweisen, dass Islam und Demokratie kein Widerspruch ist.

Ohne die Aufnahme der Türkei ist es fraglich, ob die EU die weltpolitische Rolle spielen kann, die sie anstrebt. Auch würde die EU erst durch die Aufnahme der Türkei die "kritische" Größe erhalten, um auch zukünftig wirtschaftlich eine wichtige Rolle auf der Welt gegenüber Regionen wie Asien, Nord- und Südamerika zu spielen. Mit der Türkei wächst der Binnenmarkt um weitere 70 Millionen Konsumenten. Mit dem erhofften Ansteigen des Wohlstandes in der Türkei würden Länder wie Deutschland wirtschaftlich durch höhere Exporte in die Türkei profitieren.

Eine in die EU integrierte und stabile Türkei ist auch für die europäische Energieversorgung sehr wichtig. Über die Türkei verlaufen zukünftig wichtige Öl- und Gaspipelines aus dem Kaukasus und den zentralasiatischen Türkstaaten.

Beitrittsgegner führen auch an, dass durch die Aufnahme der Türkei die Grenzen der EU verschwimmen, dass es kein Argument mehr gebe, Staaten wie Russland, die Ukraine und Marokko die Aufnahme zu verweigern. Dieses Argument ist nicht schlüssig, da für diese Länder von der EU keine Versprechen zur Aufnahme vorliegen, und bei jedem Beitrittsantrag fallspezifisch entschieden werden kann.

Durch die Aufnahme der Türkei wird den alternden Gesellschaften der EU-Länder eine "Verjüngung" zugeführt, was auch zu einer Dynamisierung der EU beitragen kann. Zudem verfügt die Türkei über eine hohe Zahl von gut ausgebildeten Akademikern (2004 waren 1,6 Mio Türkeninnen an den Universitäten des Landes eingeschrieben). Mit ihnen ließe sich der in Deutschland und anderswo in der EU abzeichnende zukünftige Fachkräftemangel reduzieren.

Es ist aber auch fraglich, ob es zu dem befürchteten Zuwandererstrom aus der Türkei nach Westeuropa kommen würde. Der Zuwandererstrom, der nach der Aufnahme Spaniens erwartet wurde, trat ebenfalls nicht ein. Zudem ist die Aufnahme der Türkei erst in 10 bis 15 Jahren, mit anschließendem langen Übergangszeitraum von bis zu 7 Jahren in bezug auf die Freizügigkeit, angedacht. Bis dahin könnte die Türkei aufgrund ihres derzeitigen starken Wirtschaftswachstums die wirtschaftliche Kluft zu Westeuropa schließen. Mit dem steigenden Wohlstand würde auch der Immigrationsdruck nach Westeuropa sinken.

Die türkische Regierung zeigt sich für die Lösung des "Zypernkonflikt" offen. Sie unterstützte den Annan-Plan der eine neu Organisation eines neuen zyprischen Staates, unter Einbeziehung von Griechen und Türken, vorsah.

19. Über welche Organe verfügt die Europäische Union?

Die Politik der EU wird von den Regierungen der Mitgliedsländer beeinflusst. Größere Veränderungen wie beispielsweise Änderungen des EU-Vertrages und Aufnahme neuer Mitglieder werden traditionell auf Gipfeltreffen des Europäischen Rats diskutiert und beschlossen.

Die Tagespolitik wird von den Fachministern im Rat der Europäischen Union, zusammen mit der Europäischen Kommission und dem Europaparlament bestimmt.

Das Leitorgan der EU ist der Europäische Rat. (Regierungschefs und Außenminister) Allerdings ist dieses Gremium kein Organ im rechtlichen Sinne, er kann aber politische Leitlinien formulieren und vor allen Dingen Reformen des Vertragswerkes beschließen.

Gesetzgebendes Organ ist der Rat der Europäischen Union (Ministerrat). In ihm sitzen die jeweiligen Fachminister, es gibt beispielsweise den ECOFIN-Rat, in dem die Wirtschafts- und Finanzminister und die Notenbankchefs sitzen. Er kann Richtlinien und Verordnungen erlassen, muss dabei aber in zunehmendem Maße mit dem Europäischen Parlament zusammenarbeiten.

20. Welche Funktion und welche Aufgaben hat der Europäische Rat?

Der **Europäische Rat** ist das oberste Gremium der Europäischen Union. Er setzt sich aus Staats- und Regierungschefs sowie dem Präsidenten der Europäischen Kommission und den Außenministern zusammen. Der Kommissionspräsident und die Außenminister haben allerdings nur beratende Funktion.

Der Europäische Rat legt die politischen Leitlinien und Ziele fest und hat somit die Richtlinienkompetenz inne. Er klärt in Ausnahmefällen auch Fragen, die auf Ministerebene nicht geklärt werden können. Hauptsächlich beschäftigt sich der Rat allerdings mit groben Vorgaben für die weitere Entwicklung der Europäischen Union.

BSP: **GASP** die die Staats- und Regierungschefs auf den Gipfeltreffen koordinieren.

Der Rat kann keine rechtlich verbindlichen Beschlüsse fassen, besitzt jedoch ein Weisungsrecht. Die Ergebnisse werden in den "Schlussfolgerungen des Vorsitzenden" festgehalten, die von den übrigen Europäischen Institutionen umgesetzt werden. Da der Rat keine Beschlüsse fassen kann, muss er für die Formulierungen der Schlussfolgerung immer einen Kompromiss finden.

21. Was ist der Unterschied zwischen dem Europäischen Rat und dem Rat der EG?

22. Welche Aufgaben hat der Rat der EG?

23. Wie setzt sich die Kommission zusammen und welche Aufgaben hat sie im institutionellen System der EU?

Der Präsident und die Mitglieder der Kommission werden von den Mitgliedstaaten mit der Zustimmung des Europäischen Parlaments ernannt. Früher benannten die größten EU-Staaten jeweils zwei, die übrigen je einen Kommissar. Seit Inkrafttreten des Vertrages von Nizza stellt jeder Mitgliedstaat einen Kommissar. Die Kommissare sind alle gleichberechtigte Mitglieder des Kollegiums und vertreten die gefassten Entschlüsse nach dem Kollegialprinzip.

Sie besitzt das Initiativrecht und schlägt demnach Gesetzestexte vor, die dem Parlament und dem Rat unterbreitet werden.

- Sorgt sie für die Ausführung der europäischen Gesetze, des Haushalts und der Programme, die vom Rat und vom Parlament angenommen werden.
- Als Hüterin der Verträge sorgt sie gemeinsam mit dem Europäischen Gerichtshof für die Befolgung des Gemeinschaftsrechts.
- Als Vertreterin der Union auf weltweiter Ebene handelt sie vor allem in den Bereichen Handel und Zusammenarbeit internationale Übereinkommen aus.

24. Aus wie vielen Mitgliedern setzt sich das EP zusammen?

Aktuell: 732

25. Ist Deutschland im EP angemessen vertreten?

99 Sitze. England, Italien und Frankreich hatten vorher 87, jetzt nur noch 78 stimmen.

26. Wann wurde das EP zum ersten Mal direkt gewählt?

1979

27. Welche Aufgaben hat das EP und über welche Befugnisse verfügt es?

Kompetenzen:

Gesetzgebungsrechte:

Das Parlament kann die Kommission auffordern Gesetzesvorschläge zu machen, und diese ggf. ändern.

Haushaltsrechte:

Das EP und der Rat bilden gemeinsam die Haushaltbehörde, die alle Ausgaben der EU bewilligt, und einen mehrjährigen Finanzrahmen festlegt, den die Kommission bei ihren jährlichen Haushaltsentwurf berücksichtigen muss.

Das EP hat das letzte Wort bei den Ausgaben, die sich nicht unmittelbar oder mittelbar aus Vorschriften der EU Verträge ergeben.

Hierzu gehören: Sozialpolitik, Forschung, Umwelt usw. Das EP kann hier den Haushaltsentwurf in bestimmten Umfang nach Höhe und Verteilung ändern.

Der EP Präsident stellt als Abschluss des Verfahrens den HH fest. (lässt ihn als Gesetz in Kraft

Kontrollrechte:

Das EP kontrolliert die Organe, also die Kommission und den Rat.

Der Kommission und dem Kommissionspräsidenten muss das EP zustimmen.

Das EP prüft zusammen mit dem Rechnungshof den HH

Der Ratsvorsitz erläutert zu Präsidentschaftsbeginn sein Arbeitsprogramm, am Ende gibt dieser einen Rechenschaftsbericht ab.

Der EU Rat legt dem EP nach jedem Gipfel einen Bericht vor.

Das EP kann die Organe schriftlich oder mündlich Auskunft fordern.
Das EP kann Untersuchungsausschüsse einsetzen.

Um Themen fachkundig behandeln zu können, spezialisieren sich die Abgeordneten. Sie werden in insgesamt 17 Ausschüsse gewählt, die für bestimmte Sachbereiche zuständig sind und die Arbeit der Plenarsitzungen vorbereiten.

28. Wie haben sich die Mitwirkungsrechte des EP im Laufe der Zeit entwickelt?

29. Welche Haushaltsbefugnisse hat das EP? Seit wann?

Das EP und der Rat bilden gemeinsam die Haushaltbehörde, die alle Ausgaben der EU bewilligt, und einen mehrjährigen Finanzrahmen festlegt, den die Kommission bei ihren jährlichen Haushaltsentwurf berücksichtigen muss.

Das EP hat das letzte Wort bei den Ausgaben, die sich nicht unmittelbar oder mittelbar aus Vorschriften der EU Verträge ergeben.

Hierzu gehören: Sozialpolitik, Forschung, Umwelt usw. Das EP kann hier den Haushaltsentwurf in bestimmten Umfang nach Höhe und Verteilung ändern.

Der EP Präsident stellt als Abschluss des Verfahrens den HH fest. (lässt ihn als Gesetz in Kraft treten)

30. Über welche außenpolitischen Befugnisse verfügt das EP?

Völkerrechtliche Verträge der Gemeinschaft treten nur in Kraft wenn das **EP** zustimmt.

Das EP muss zu Fragen der GASP gehört werden und kann Stellungnahmen dazu abgeben. Der Ratsvorsitz hat darauf zu achten, dass diese berücksichtigt werden.

Das EP kann die Finanzierung von außen- und sicherheitspolitischen Aktionen kontrollieren, wenn sie aus dem HH der EU bezahlt werden.

Abgeordnete des EP treffen sich mit Parlamentariern der AKP Staaten, zwei mal jährlich je eine Woche lang zur Gemeinsamen Versammlung. **EU** - AKP.

31. Was ist der Unterschied zwischen obligatorischen und nichtobligatorischen Ausgaben in der EU? Welche Bedeutung hat diese Unterscheidung für die Haushaltrechte des EP?

32. Welche Mitwirkungsrechte sollte das EP in Zukunft zusätzlich bekommen?

Das EP fordert:

Der Präsident der EU Kommission soll direkt vom Parlament gewählt werden.

Es soll eine Verfassung geschaffen werden, anstatt der bisherigen Verträge

Außen- Sicherheit- und Verteidigungspolitik, sowie Bereiche der Innen und Justizpolitik sollen gemeinschaftliche Politikbereiche werden

33. Welche Arten von Rechtsakten gibt es in der EU?

34. Was versteht man unter einer Verordnung?

Verordnungen sind EU Gesetze, die sofort und unmittelbar in allen Mitgliedsstaaten gelten.

35. Was versteht man unter einer Richtlinie?

Richtlinien sind Rahmengesetze der EU: sie stellen eine politische Forderung der Gemeinschaft auf, die von den Parlamenten der Staaten innerhalb einer bestimmten Frist in nationales Recht umgesetzt werden muss.

36. Was versteht man unter einer Entscheidung?

37. Was versteht man unter einer Empfehlung?

38. Welches Verhältnis besteht zwischen dem Gemeinschaftsrecht und dem nationalem Recht?

39. Bricht europäisches Gemeinschaftsrecht auch nationales Grundrecht?

Europarecht hat Vorrang.

Wenn ein nationales Gericht in einem Prozess Europarecht beachten muss, das stets Vorrang vor nationalem Recht hat, **kann** es vom EuGH eine Vorabentscheidung verlangen: diese Entscheidung ist dann für das nationale Gericht bindend.

Nationale Gerichte letzter Instanz sind sogar **verpflichtet**, beim EuGH Vorabentscheidungen einzuholen. So wird gewährleistet das Europarecht in allen EU Ländern einheitlich ausgelegt wird.

40. Wie funktioniert die Gesetzgebung in der EU? Welche Verfahren der Beschlussfassung kann man unterscheiden?

45. Wie funktioniert das Verfahren der Mitentscheidung und wann wurde es eingeführt?

Siehe Seite 63

Der Kommissionsvorschlag wird dem EP und dem Rat vorgelegt.

Erste Lesung:

Wenn es das EP so ablehnt kommt es in den zuständigen Ausschuss im EP. Hier wird der Text angepasst. Die Entscheidung wird dem EP und dem Ministerrat übermittelt.

Wenn der Rat ja sagt, ist das Gesetz erlassen, (mit Qualifizierter Mehrheit)

Wenn das **EP** nichts sagt ist es sofort erlassen.

Ist der Ministerrat anderer Meinung als die Kommission oder das **EP**, fasst sie die Änderungsvorschläge fest und nennt die Gründe.

Zweite Lesung:

Wenn das EP mit den Änderungswünschen des Ministerrats einverstanden ist, ist das Gesetz ok. Ablehnung nur mit absoluter Mehrheit.

Dritte Möglichkeit

Das EP lehnt mit absoluter Mehrheit den Standpunkt des Rates ab. Gesetz gescheitert.

Nun muss die Kommission ihren Gesetzentwurf im Sinne des EP neu formulieren und diese dem Ministerrat zur zweiten Lesung vorlegen oder zu den Änderungsvorschlägen des EP Stellung nehmen.

Wenn der Ministerrat billigt, ist das Gesetz erlassen. Wenn nicht muss ein Vermittlungsausschuss ran.

Vermittlungsausschuss:

Besteht aus Hälfte aus Vertretern des Rates und **EPs**. Auf der Grundlage des EP Entwurfs muss binnen sechs Wochen eine Lösung her. Gibt es eine Lösung muss das **EP** und der Ministerrat zustimmen.

Gesetz ist gescheitert, wenn eine Partei ablehnt oder keine Einigung gefunden wird.

46. Wie erfolgt die Zusammenarbeit zwischen Parlament, Rat und

Kommission?

Siehe die Gesetzgebung

47. Welche Aufgaben hat der EuGH

Jeder Staat entsendet einen Richter an den Gerichtshof und an das Gericht erster Instanz, für sechs Jahre.

Seine Aufgabe ist es, die Einheitlichkeit der Auslegung europäischen Rechts zu sichern. Stellt der EuGH fest, dass ein Staat gemeinschaftliche Pflichten verletzt, muss der verurteilte Staat sein Verhalten ändern. Wenn nicht Geldbuße.

Auch Bürger und Unternehmen können Klagen wenn sie von Entscheidungen der EU Organe betroffen sind. Auch EU Organe können klagen.

Bsp: das EP hat vor Jahren den Ministerrat erfolgreich wegen Untätigkeit in der Verkehrspolitik verklagt.

48. Welche Aufgaben hat der Rechnungshof?

Prüft ob alle Einnahmen und Ausgaben der Gemeinschaft rechtmäßig sind und ordnungsgemäß sind. Ausgaben müssen mit den Zahlungsermächtigungen übereinstimmen.

Prüft ob die Haushaltsführung wirtschaftlich und wirksam ist. Das Ergebnis der Prüfung wird dem EP und dem Rat vorgelegt. Der Bericht wird veröffentlicht, zusammen mit den Stellungnahmen der betroffenen Institutionen. Er ist Grundlage der weiteren Haushaltsprüfung durch das EP, das der Kommission Entlastung für jedes Haushaltsjahr erteilt oder ihr diese Entlastung verweigern kann.

49. Was versteht man unter dem einheitlichen europäischen Binnenmarkt? Wodurch ist er gekennzeichnet?

Der (**europäische**) **Binnenmarkt** stellt den freien Personen-, Güter-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr innerhalb der Europäischen Gemeinschaft (EG) sicher. Er besteht seit dem 1. Januar 1993.

Innerhalb des Binnenmarktes gibt es keine Zollgrenzen mehr. Der Binnenmarkt geht hierbei über eine Zollunion hinaus, indem auch ein einheitliches Zollgebiet geschaffen wurde.

50. Welche vier Freiheiten sind im europäischen Binnenmarkt verwirklicht?

Personen, Waren und Dienstleistungen und Kapital

51. Wann wurde der Binnenmarkt vollendet und welche Gründe führten zu der raschen erfolgreichen Vollendung des europäischen Binnenmarktes?

Siehe Folie Maastricht Vertrag.

54. Was versteht man unter dem Schengener Abkommen und welche Ziele hat es?

Im **Schengener Abkommen** vereinbarten mehrere europäische Staaten, auf Kontrollen des Waren- und Personenverkehrs an ihren gemeinsamen Grenzen zu verzichten.

55. Was für Beziehungen besteht zwischen der EU und der EFTA?

Siehe Folie.

56. Was für Vorteile bringt der Binnenmarkt den Bürgern und der Wirtschaft?

Die Unionsbürgerschaft:

Alle Unionsbürger haben in jedem Mitgliedsstaat die gleichen Rechte.

Sie können sich frei bewegen und aufhalten

Besitzen das aktive und passive Wahlrecht bei den EP und Kommunal wählen

Genießen im Hoheitsgebiet eines Drittlandes, in dem der Mitgliedsstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen diplomatischen Schutz

Haben das Recht eine Petition an das EP zu richten, sich jederzeit an den Ombudsmann zu wenden, eine Antwort in der eigenen Sprache zu erhalten

Wirtschaft:

Größere Absatzmärkte für die Wirtschaft

Keine Zölle

57. Was besagt das Cassis de Dijon Urteil und welche Bedeutung hat es für die europäische Integration?

Als **Cassis-de-Dijon-Urteil** wird das Urteil des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften (EuGH) vom 20. Februar 1979 in der Rechtssache 120/78, REWE-Zentral AG ./ Bundesmonopolverwaltung für Branntwein, bezeichnet.

Die Kölner Handelsgruppe REWE importierte aus Dijon (Frankreich) einen Johannisbeer-Likör, einen so genannten Cassis, nach Deutschland, um diesen Likör in ihren Lebensmittelmärkten zu verkaufen. Die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein verbot der REWE jedoch den weiteren Import und Verkauf der Ware aus Frankreich, da der vermeintliche Likör mit seinem Alkoholgehalt von 16 bis 22 Vol.% nicht den vom deutschen Branntweinmonopolgesetz geforderten Alkoholgehalt von 25 Vol.% für Liköre entsprach.

REWE erhob daraufhin Klage gegen die Bundesmonopolverwaltung für Branntwein und machte unter anderem geltend, dass die deutsche Regelung als eine Maßnahme, die einer mengenmäßigen Einfuhrbeschränkung in der Wirkung gleich stehe, mit der Warenverkehrsfreiheit aus Artikel 28 des EG-Vertrages unvereinbar sei. Das mit der Sache befasste Hessische Finanzgericht legte den Rechtsstreit daraufhin dem EuGH zur Vorabentscheidung vor.

Entscheidung

Der EuGH hat festgestellt, dass Hemmnisse für den Handel zwischen den Mitgliedstaaten, die sich aus Unterschieden der nationalen Regelungen über die Vermarktung der betroffenen Produkte ergeben, grundsätzlich hingenommen werden müssen, sofern diese Regelungen notwendig sind, um zwingenden Erfordernissen gerecht zu werden. Zwingende Erfordernisse in diesem Sinne hat der Gerichtshof dabei insbesondere in den Erfordernissen einer wirksamen steuerlichen Kontrolle, des Schutzes der

öffentlichen Gesundheit, der Lauterkeit des Handelsverkehrs und des Verbraucherschutzes gesehen.

Für die angegriffene Bestimmung des deutschen Branntweinmonopolgesetzes allerdings konnte der Gerichtshof solche zwingenden Erfordernisse nicht erkennen. Folgerichtig hat der Gerichtshof die deutsche Bestimmung für **unvereinbar mit der europäischen Warenverkehrsfreiheit** gehalten.

58. Was versteht man unter der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion und warum wird sie angestrebt?
Siehe Folie

59. Welche drei Stufen führen zur WWU?

60. Welche Vor und Nachteile hat die WWU?

61. Wie lauten die Konvergenzkriterien? Welche Bedeutung haben sie für die EWWU?

Die Inflationsrate des Landes darf die IR der drei preisstabilsten Länder nicht um mehr als einen halb Prozent übersteigen

Das Haushaltsdefizit des Staates darf drei Prozent vom BIP nicht übersteigen

Die Kriterien bilden die Grundlage für die letztlich politische Entscheidung, welche Staaten in die Endstufe der Währungsunion eintreten können und müssen. Sie sind damit notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzung für den Eintritt eines Landes in die Währungsunion.

62. Wie sieht die europäische Geldordnung nach dem Maastrichter Vertrag aus?

Nach deutschem Muster.

die Unabhängigkeit der EZB

EZB sichert die Preisstabilität

Kreditvergabeverbot der **EZB** an Unternehmen oder Regierungen

63. Welche Aufgaben hat die zukünftigen EZB?

- Gewährleistung der Preisstabilität (=niedrige Inflation)
- Unterstützung der Wirtschaftspolitik.
- Ausgabe des Euro- Papiergeldes
- Durchführung der Geldpolitik
- Aufsicht über die Kreditinstitute
- Beratung der Gemeinschaft und nationaler Behörden

64. Was ist das vorrangige Ziel der EZB?

Wahrung der Preisstabilität.

65. Wird der Euro eine stabile Währung?

66. Wie funktioniert das gegenwärtige EWS? Welche Funktionen übernimmt dabei der ECU?

Siehe Folien

70. Was versteht man unter dem Subsidiaritätsprinzip?

Die Kommission macht einen Gesetzesvorschlag:

Gebot der Subidarität:

Die Kommission muss Gründe dafür nennen, warum die Mitgliedsstaaten das anstehende Gesetzesvorhaben allein nicht ausreichend lösen können

und das Gebot der Verhältnismäßigkeit:

die Initiative darf nicht über das Maß hinausgehen, das erforderlich ist, um das angestrebte Ziel zu erreichen.

71. Welche Aufgabe hat der Ausschuss der Regionen?

Er hat nur beratende Funktion. Vertreter der regionalen und kommunalen Gebietskörperschaften Europas. Es soll gewährleistet werden, dass diese ihren Standpunkt zur Politik der EU einbringen können und dass regionale und lokale Identitäten und Vorrechte respektiert werden. Ein Mitglied des AdR darf nicht gleichzeitig Mitglied des europäischen Parlaments sein.

Mitglieder: Kommunal- und Regionalpolitiker wie zum Beispiel, Bürgermeister von Städten und auch Ministerpräsidenten aus den deutschen Bundesländern.

Er muss bei Fragen angehört werden, die die kommunale und regionale Verwaltung betreffen. Er nimmt deshalb zu den Vorschlägen der Europäischen Kommission für neue Rechtsvorschriften der EU Stellung. Jährlich finden fünf Sitzungen statt, in denen seine allgemeine Politik festgelegt wird und die Stellungnahmen verabschiedet werden. Diese fünf Sitzungen und die Stellungnahmen werden von sechs Fachkommissionen vorbereitet, auf die sich die AdR-Mitglieder verteilen:

Sechs Ausschüsse, maximal 350 Mitglieder.

72. Wie ist der HH der EU gestaltet?

Siehe Folie EU HH

73. Wie sieht das Finanzsystem der EU aus?

74. Über welche Eigenmittel verfügt die EU?

76. Was versteht man unter dem Begriff Nettozahler?

Als **Nettozahler** bezeichnet man einen Staat der Europäischen Union, der mehr in den EU-Haushalt einzahlt, als er wieder zurück erhält

77. Was versteht man unter GASP. Warum wurde sie eingeführt?

Seite 93

80. Welche Ziele verfolgt die Gemeinsame Agrarpolitik?

- Steigerung der Produktivität
- Gewährleistung einer der Lebenshaltung der in der Landwirtschaft tätigen Personen
- Stabilisierung der Märkte
- Angemessene Preise
- Verbraucherschutz
- Umweltschonung
- Tierschutz
- Entwicklung des ländlichen Raums

123. Welche Reformen brachte die Agenda 2000 im Bereich der Agrarpolitik ?

Stützpreise für Rind- Getreide und Milch wurden gesenkt.

Die Entkoppelung der Preise muss bis spätestens Januar 2007 erfolgen.

Der Einkommensverlust werden durch Direktzahlungen, die unabhängig von der produzierten Menge sind, ausgeglichen.

Ländliche Regionen werden stärker gefördert

Umweltziele:

Landschaftspflege

Bei Verstößen gegen Tier und Umweltvorschriften müssen Landwirte mit Kürzungen ihrer Prämien rechnen. (BSE)

Landwirte sollen Überproduktion verringern, die Produktion an Marktbedürfnisse anpassen.

122. Welche Reformen brachte die Agenda 2000 im Bereich der Strukturfonds?

Hauptziel der Reform ist die bessere Ausnutzung der Mittel.

Die Strukturpolitik hat die Aufgabe, die Lebensverhältnisse innerhalb der Union anzupassen, Strukturkrisen zu vermeiden, die das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht stören.

85. Welche Strukturfonds gibt es in der EU?

Für benachteiligte Regionen:

Regionen, in denen das durchschnittliche pro Kopf Einkommen unter 75 % des Durchschnitts aller EU Länder liegt.

Der Europäische Fonds für regionale
Entwicklung
Der Europäische Sozialfonds
Europäische Landwirtschaftsfonds
Finanzinstrument zur Ausrichtung der Fischerei

86. Welche Ziele verfolgt die gemeinsame Strukturpolitik der EU?

Ziel 1:

Regionen, in denen das durchschnittliche pro Kopf Einkommen unter 75 % des Durchschnitts aller EU Länder liegt.

Ziel 2:

Hilfe für Regionen, die durch wirtschaftlichen Wandel Strukturprobleme haben, sowie Kriesengebiete.

Ziel 3

Unterstützung der Staaten in Sachen Ausbildungs- und Beschäftigungspolitik

89. Wie sieht die Europäische Sozialcharta aus?

Siehe folie

99. Welche Förderprogramme der EU bestehen für die Jugend?

Jugendbegegnungen:

Man trifft sich mit Jugendlichen aus einem anderen Land

Jugend Initiativen:

Jugendlich führen selbständige Projekte durch

Europäische Freiwilligendienst:

Jugendliche arbeiten für einige Monate an gemeinnützigen Projekten im Ausland.

Leonardo:

Junge Menschen gehen ins Ausland um Erfahrungen zu sammeln (Praktikum)

100. Wie heißen die beiden EU Kommissare?

Günther Verbeugen, Vizepräsident, Industrie- und Unternehmenspolitik

101. Wie heißt der Präsident der EU Kommission?

Jose Manuel Barroso

106. Welche Rolle spielt die Agrarpolitik der EU für die Entwicklungsländer?

Eine sehr wichtige.

Durch die EU Erweiterung sind die landwirtschaftlich genutzten Flächen auf das Doppelte angewachsen. In der EU 15 arbeiteten 4,3 % der Beschäftigten in der Landwirtschaft, in den neuen Ländern 13,3 %.

Die Landwirtschaft muss in den Beitrittsländern verändert und verbessert werden. Viele Kleinbauern werden pleite gehen.

Länder wurden schon vor dem Beitritt aus dem Programm SAPARD finanziell unterstützt.

107. Seit wann ist Griechenland Mitglied der Währungsunion?

2001/2002

Im November 2004 wurde bekannt, dass Griechenland die Maastricht-Kriterien zu keinem Zeitpunkt erfüllt hatte. Stattdessen verschleierte es das tatsächliche Haushaltsdefizit, indem gefälschte Daten an die EU-Kommission gemeldet wurden. Die dadurch eigentlich irreguläre Teilnahme am Euro hatte allerdings keine rechtlichen Konsequenzen, da ein derartiger Fall in den Verträgen nicht berücksichtigt wurde.

97. Welche Länder bezeichnet man als AKP- Staaten und was beinhalten die Lome Abkommen?

AKP ist eine Abkürzung für Afrika, Karibik und Pazifik. Der Begriff **AKP-Staaten** bezeichnet zur Zeit 77 Länder in dieser Region - zumeist frühere Kolonien von Frankreich und Großbritannien. Mit diesen Staaten hat die EU das Lome-Abkommen abgeschlossen. Das erste Abkommen, das später mehrfach erneuert wurde, wurde 1975 in Lome, Togo unterzeichnet. Mit ihm wollten die EU-Länder unter anderem ihrer kolonialen Vergangenheit Rechnung tragen. Das Abkommen basiert in erster Linie auf einem System von Zollpräferenzen, mit denen diesen Ländern der Zugang zum EU-Markt erleichtert

werden soll. Außerdem wurden Mittel bereit gestellt, um die Preise der Exportgüter dieser Länder zu stabilisieren.

113. Wer sind die Beitrittskandidaten für die EU?

- Bulgarien (voraussichtlich 2007)
- Rumänien (voraussichtlich 2007)
- Kroatien (Beginn der Beitrittsverhandlungen wurde auf unbestimmte Zeit verschoben)
- Türkei (Beginn der ergebnisoffenen Beitrittsverhandlungen 3. Oktober 2005)
- Mazedonien (Empfehlung der Kommission über Aufnahme von Beitrittsverhandlungen für Ende 2005 erwartet)
- Schweiz (Antrag von 1992 ruht nach Referendum)
- Norwegen (Antrag von 1994 ruht nach Referendum)

115. Was bedeutet „screenin“ und aquis communautaire?

Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes:

Die Fähigkeit, sich aus einer EU Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen und Ziele zu Eigen zu machen.

Alle Rechtsakte der EU
Alle Verträge

Verordnungen, Richtlinien
Entscheidungen der EU Organe
Entscheidungen des EuGH
Rechtsakte der GASP

85 000 Seiten.

117. Welche Kompetenzen hat die EU in Fragen der Außen und Sicherheitspolitik?

Kommission und EP sind in die Außen und Sicherheitspolitik einbezogen, aber nicht an Entscheidungen beteiligt.

Jeder Mitgliedsstaat handelt außenpolitisch allein, in Fragen von allgemeiner Bedeutung stimmen die Regierungen ihre nationale Politik untereinander ab.

Der Rat der Außenminister kann gemeinsame Standpunkte zu aktuellen Themen beschließen, Regierungen müssen sich daran halten.

Bei sehr wichtigen Themen legt der Europäische Rat die gemeinsame Strategie fest.

An den Treffen der Außenminister nehmen teil:

Hoher Vertreter des GASP: Javier Solana
Außenminister und der für Außenbeziehungen zuständige Kommissar.

Das EP wird zu Fragen des GASP immer gehört. Ratsvorsitz muss dafür sorgen, dass diese beachtet werden.

Handel mit der Welt:

Jeder EU Staat betreibt seinen Handel mit der Welt auf eigene Rechnung, aber nach Bedingungen, die von der EU für alle festgelegt werden. (Zölle)

Verantwortlich hierfür ist die Kommission.

EU ist der größte Exporteur und der zweitgrößte Importeur der Welt. Für Entwicklungsländer der größte Absatzmarkt.

118. Wer vertritt die EU nach außen?

Solana ist zum **Außenminister der Union** ernannt, sobald der Vertrag über eine Verfassung für Europa (VVE, erwartet 2006) in Kraft tritt

Er ist der Hoher Vertreter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

120. Gibt es eine europäische Polizeibehörde Europol

Polizei und Zoll arbeiten zusammen, um die internationale Kriminalität zu bekämpfen.
Terrorismus, Drogenhandel, Menschenhandel
Ca. 350 Leute.
Geschaffen in Den Haag.

Ein Computersystem, in dem alle Formen von Kriminalität erfasst ist. Arbeitet eng mit dem BKA und Interpol zusammen.

121. Welche Reformen brachte die Agenda 2000 im Bereich der Agrarpolitik?

Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums. Der Mangel an modernen Arbeitsplätzen hat zu Landflucht und Überalterung aller ländlichen Räume geführt.

EU fördert Maßnahmen zur Entwicklung damit dort Erwerbsquellen für Landwirte geschaffen werden.

Direktzahlungen an Landwirte sollen von Flächengrößen und Tierzahlen abgekoppelt werden, und unabhängig jedem Hof gezahlt werden, verbunden mit strengen Auflagen für Umwelt, Tierschutz und Lebensmittelqualität.

Erhaltung der Kulturlandschaft.

124. Welche Regierungskonferenz sollt die ungelösten Probleme des Amsterdamer Vertrages lösen?

Die EU hätte sich bereits in Amsterdam 1997 für die Osterweiterung machen sollen, die Mitglieder konnten sich damals nicht auf die notwendigen Reformen einigen. Nizza Vertrag, Unterzeichnung 2000, Kraft 2003.

125. Was sind die Ergebnisse von Nizza?

Änderung der Stimmgewichtung im Rat und EP
Jedes Land stellt nur einen Kommissar
Kommissionspräsident wird vom Rat gewählt, EP segnet es ab
Rechnungshof besteht aus einem Staatsangehörigen je Mitglied
Grundrechte

126. Wie sieht die Stimmgewichtung im Rat nach Nizza aus?

127. Wie sieht die Stimmgewichtung im EP nach Nizza aus?

128. Welche Fortschritte brachte der Vertrag von Nizza im Bereich der europäischen Grundrechte?

Der Rat kann feststellen, dass schwerwiegende und anhaltende Verletzung der Grundrechte vorliegt. Nach dieser Bestimmung kann der Rat bestimmte Rechte des betreffenden Staates aussetzen.

Auf Vorschlag eines Drittels der Mitgliedsstaaten, des Parlaments oder der Kommission kann der Rat mit der Mehrheit von vier Fünfteln seiner Mitglieder nach Zustimmung des Parlaments feststellen, dass Grundrechtsverletzungen vorliegen und diese verbessert werden müssen.

104. Welche Rolle spielt die Handelspolitik der EU für die Entwicklungsländer?

Für die Entwicklungsländer ist der Binnenmarkt der wichtigste Absatzmarkt. Mit ihnen hat die EU Handelsvereinbarungen über bevorzugten Handel, technische und finanzielle Hilfe getroffen. Auch politische Zusammenarbeit.

Bsp: Lome Abkommen mit dem AKP Staaten. Finanzielle und politische Zusammenarbeit.

Finanziert wird das ganze vom Europäischen Entwicklungsfond, nicht aus HH der EU sondern aus Beiträgen der Mitgliedsstaaten.

105. Welche Regeln der WTO beeinflussen die EU Handelspolitik?

Bsp: Die EU entscheidet über handelspolitische Straf und Schutzmaßnahmen beim Handel mit Drittstaaten.

Diese dürfen nur sein, wenn die WTO Regeln es erlauben.

Will die EU mit Entwicklungsländern Handelsvereinbarungen zu Vorzugsbedingungen treffen, müssen diese von der WTO genehmigt werden.